

Christoph Bieber

Die Veränderung politischer Kommunikation im Internetzeitalter

Medien und Demokratie und die These von der Postdemokratie

Zusammenfassung

Ausgangspunkt ist die Frage, ob gerade die dezentrale digitale Kommunikation dazu beitragen kann, die postdemokratische Erstarrung öffentlicher Diskurse zu überwinden. Der nachfolgende Beitrag möchte über den Stand der politischen Digitalisierung informieren und die wesentlichen Effekte benennen. Als weiteres Ziel sollen normative Aspekte der Online-Kommunikation behandelt werden, die wiederum auf die Verfasstheit und Wertebasis gesellschaftlicher Zusammenhänge zurückwirken. Dafür werden im ersten Abschnitt „institutionelle Aspekte digitaler Demokratie“ skizziert. Beteiligung und Transparenz zeigen sich dabei als entscheidende Merkmale, auch wenn die jeweiligen Ansprüche in der politischen Praxis bisher nur unvollständig realisiert sind. In einem zweiten Schritt stehen digitale Politikprozesse mit besonderem Ethik-Bezug im Vordergrund, wie etwa die digitalen Spaltungen, das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit im Netz, sowie der Umgang mit Datenschutz und Überwachung. Die verschiedenen Elemente politischer und moral-orientierter Online-Kommunikation werden darüber hinaus in Bezug zur Postdemokratie-These gesetzt.

Abstract

Is decentralised digital communication able to overcome the postdemocratic paralysis of public discourse? While seeking to answer this question, the article describes steps of political digitization and its effects on state and society. Furthermore, the text discusses normative aspects of political online communication, which shape the disposition and core values of society. The first part of the article describes institutional aspects of digital democracy, revealing participation and transparency as key issues in the ongoing process of political modernization. The second part deals with ethical elements of the political process, such as multiple digital divides, the changing relationship between the private and public spheres on the web, as well as the growing political relevance of data protection and digital surveillance. Furthermore, the article tries to relate these political and ethical dimensions of political digitization to the academic dispute on postdemocracy in the social sciences.

Die Digitalisierung der Politik beschäftigt die sozialwissenschaftliche Forschung nun schon eine ganze Weile und auch die Politikwissenschaft zeichnet inzwischen ein recht genaues Bild von den Veränderungen, die ein erneuter Medienwandel nach sich zieht. Gar nicht selten ist dabei

die Rede von einem „digitalen Strukturwandel der Öffentlichkeit“, und selbst wenn mit Jürgen Habermas der zentrale Protagonist der Öffentlichkeitsforschung an der Debatte nur noch sporadisch teilnimmt, so hat diese Diskussion in den vergangenen Jahren zahlreiche spannende Resultate hervorgebracht. Auch bei einer Auseinandersetzung mit den Fragen rund um den Komplex der Postdemokratie ist der Blick auf die Entstehung und Konfiguration neuer, internet-gestützter Öffentlichkeiten ein wichtiger erster Analyseschritt, um der Frage nachzugehen, ob gerade die dezentrale digitale Kommunikation dazu beitragen kann, die postdemokratische Erstarrung und Inszenierung öffentlicher Diskurse herauszufordern oder gar zu überwinden.

Der nachfolgende Beitrag steht vor einer schwierigen Aufgabe: Einerseits geht es darum, zumindest knapp über den Stand der politischen Digitalisierung zu informieren und die wesentlichen Effekte auf politische Systeme und Akteure zu benennen. Zum anderen sollen auch moral-orientierte Elemente der Online-Kommunikation adressiert werden, die wiederum auf die Verfasstheit und Wertebasis gesellschaftlicher Zusammenhänge zurückwirken.

Um dieses Arbeitsfeld zumindest ansatzweise abdecken zu können, sollen in einem ersten Abschnitt „institutionelle Aspekte digitaler Demokratie“ skizziert werden – ein verbindendes Merkmal dieser Beispiele für Veränderungen im politischen Institutionensystem ist eine bisweilen radikale Ausrichtung auf *Beteiligung* und *Transparenz*, auch wenn die jeweiligen Ansprüche in der politischen Praxis noch kaum vollständig realisiert werden können. Gleichwohl eint diese beiden Wertvorstellungen, die oft als abstrakte Ideen hinter den Phänomenen politischer Online-Aktivitäten stehen, dass sie sich als Gegenbild zum von Crouch kritisierten postdemokratischen Spektakel eignen und eine Herausforderung der Verkrustung von Partei-, Unternehmens- und Medieneliten möglich erscheinen lassen.

Bei einer zweiten Betrachtungsrunde stehen dann digitale Politikprozesse mit besonderem Ethik-Bezug im Vordergrund – hierbei geraten Fragen mehrerer digitaler Spaltungen, das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit im Netz, sowie der Umgang mit Datenschutz und Überwachung in den Blick. Beachtung finden dabei die Aktivitäten der digitalen Enthüllungsplattform WikiLeaks, die als Prototyp für eine transparenzorientierte Online-Nutzung gilt und als Auslöser für weitreichende politische Spannungen und relevante gesellschaftliche Diskurse fungiert hat.

1 Digitalisierung und Politik: Wahlkämpfe und Parteien im Netz

Seit Mitte der 1990er Jahre sichtet und sortiert die politik- und sozialwissenschaftliche Forschung verschiedene Entwicklungen der politischen Online-Kommunikation und die damit verbundenen Auswirkungen auf das Institutionensystem, die weit über bloße „Medieneffekte“ hinaus gehen. Vielmehr hat das Aufkommen des Internet die Politik in den drei analytischen Dimensionen *policy*, *politics* und *polity* verändert. Die Debatte um die Gestaltung der so genannten „Netzpolitik“ mit Teilthemen wie Urheberrecht, Netzneutralität, Breitbandausbau oder Jugendmedienschutz signalisiert die Ausdifferenzierung einer Vielzahl internet-bezogener Politik-inhalte (vgl. hierzu u. a. Bender 2013; Fritz 2013; Schünemann/Weiler 2012). Auf der Prozessebene von Politik dominiert die wissenschaftliche Untersuchung von Wahlkämpfen oder Protestkampagnen, gelegentlich widmen sich Studien auch der digitalen Modernisierung komplexerer Politikprozesse wie etwa dem Wahlakt (vgl. u. a. Schweizer/Albrecht 2011; Emmer u. a. 2011; Jungherr/Schön 2013; Roessing/Podschuweit 2013). Auch die Struktur- und Normenebene von Politik ist von Medialisierungseffekten erfasst worden – ablesen lässt sich dies gut an der Konjunktur der Begriffe *Beteiligung* und *Transparenz*, die als zentrale Vektoren für neue Gesellschaftsentwürfe fungieren (vgl. Bunz 2012; Leggewie 2011; Han 2012).¹

Die von vielen journalistischen Beobachtern häufig gestellte Diagnose der „digitalen Rückständigkeit“ der deutschen Politik kann vor dem Hintergrund einer inzwischen über eineinhalb Jahrzehnte reichenden Entwicklungs- und Lerngeschichte aus einer wissenschaftlichen Perspektive heraus nicht geteilt werden – mitunter haben sich politische Akteure in Deutschland intensiver um die Nutzung und Gestaltung des Internet bemüht, als dies in anderen Gesellschaftsbereichen der Fall gewesen ist.²

- 1 Insbesondere in der US-amerikanischen Literatur finden sich hier Anschlüsse zur optimistischen Diskussion um eine „digitale Demokratie“ aus den 1990er Jahren um Autoren wie Rheingold, Grossman oder Barlow. Aktuelle Beiträge nutzen meist den soziologischen Großentwurf der Netzwerkgesellschaft von Manuel Castells als Basis, zeichnen ein differenziertes Bild von einem umkämpften, gar nicht mehr so liberalen und offenen Politik- und Kulturraum Internet (vgl. MacKinnon 2012; Papacharissi 2012; Rainie/Wellman 2012).
- 2 Interessant ist an dieser Stelle das internationale Interesse an der Entwicklung des Konzepts der „*Liquid Democracy*“ und dem damit verbundenen Erfolg der Piratenpartei. Während die Suche nach einer Technik-Innovation mit Internet-Bezug

Besonders wichtig für die Ausbreitung und Akzeptanz unterschiedlicher Formen digitaler politischer Kommunikation und Organisation war in diesem Kontext die Rolle der politischen Parteien als zentrale Akteure im politischen System. Die spezifische Prägekraft der deutschen Parteidemokratie hat sich dabei vor allem in zwei Bereichen manifestiert: dem der Wahlkampf- und Kampagnenführung als kontinuierliches Experimentierfeld für neue Formen der Online-Kommunikation und dem der auf die Parteiorganisationen selbst gerichteten Innovationen innerparteilicher Entscheidungskommunikation und -strukturen. Eine dritte Perspektive entsteht schließlich durch die Betrachtung der Piratenpartei, die zuletzt sowohl im Bereich der Kampagnenführung wie auch der Parteiorganisation für wichtige Impulse verantwortlich gewesen ist.

1.1 Virtuelle Parteigliederungen

Eine Vorreiterrolle bei der Entstehung so genannter „Virtueller Parteigliederungen“ hatte die SPD übernommen, die mit dem „Virtuellen Ortsverein“ bereits 1995 einen Arbeitskreis beim Bundesvorstand der Partei angesiedelt hatte. In den „*Frequently Asked Questions*“ (FAQ) auf der Homepage unter www.vov.de³ wurde die Grundidee wie folgt umschrieben:

„Der virtuelle Ortsverein (VOV) ist ein Zusammenschluß von Netzteilnehmern innerhalb der SPD. Wir verstehen uns als Teil der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. (...) Anders als „normale“ Ortsvereine definieren wir uns jedoch NICHT als regionale Einheit der SPD, sondern bedingt durch unser Medium – das weltumspannende Computernetz Internet – als Arbeitsgemeinschaft, die dieses neue Medium zu einer neuen Form der politischen Willensbildung nutzen möchte. Im VOV versammeln sich sowohl Genossinnen und Genossen, die diese neue Arbeitsform neben ihrer traditionellen Parteiarbeit weiterentwickeln

oder einer erfolgreichen Unternehmensgründung im Startup-Bereich weitgehend erfolglos bleibt, ist Deutschland ausgerechnet im Feld der digitalen Politik international konkurrenzfähig.

- 3 Die URL wird inzwischen umgeleitet auf die zentrale Partei-Homepage unter www.spd.de. Einzelne Seiten der VOV-Homepage sind noch über das Internet Archiv (www.archive.org) einsehbar. Der Text der hier zitierten FAQ in der Version von 1997 ist dokumentiert auf den Archivseiten des Fördervereins Informationstechnik und Gesellschaft (http://www.fitug.de/archiv/presse/vov_spd.html).

wollen, als auch aus (sic!) Genossinnen und Genossen der ganzen Welt, die in der SPD mitarbeiten möchten, jedoch durch die traditionellen Formen der politischen Willensbildung (d. h. Diskussionsgruppen auf kommunaler und regionaler Ebene) nicht angesprochen werden. Darüber hinaus steht der VOV auch allen Nicht-SPD-Mitgliedern aus dem Netz offen, die unsere Ideen und Ziele teilen.“ (Fitug e. V. o. J.)

Der zentrale Innovationsansatz ist dabei die Etablierung einer partei-internen Struktur, die den „Zwang zum Ortsverein“ überwindet und eine themenorientierte Diskussions- und Beteiligungsplattform bietet, die mit den Mitteln der Online-Kommunikation entlang von Werten, Ideen und Zielen der SPD arbeitet. Innerhalb der Parteiorganisation hat sich dieser Ansatz nicht durchsetzen können, mehrfach waren die Versuche zur Anerkennung als „reguläre Parteistruktur“ gescheitert (vgl. Strobel 2011). Neben fehlender bzw. nicht ausreichender innerparteilicher Unterstützung ist auch die unklare Rechtssituation „virtueller Parteigliederungen“ ein Grund für den zögerlichen Umgang mit solchen digitalen Beteiligungsexperimenten. Die Festsetzung in §7, Abs. 1 des Parteiengesetzes lautet wie folgt:

„Die Parteien gliedern sich in Gebietsverbände. Größe und Umfang der Gebietsverbände werden durch die Satzung festgelegt. Die gebietliche Gliederung muss so weit ausgebaut sein, dass den einzelnen Mitgliedern eine angemessene Mitwirkung an der Willensbildung der Partei möglich ist.“

Nichtsdestotrotz hatte Wiesendahl im Rahmen des Berichts der Friedrich-Ebert-Stiftung die Einrichtung einer „zentralen Online-Mitgliedschaft“ gefordert, die sich „von der erstarrten Ortsvereinsbindung der Mitgliedschaft“ löst (2011, 32). Die Uneinheitlichkeit, mit der die Thematik im Umfeld der Partei noch immer diskutiert wird, zeigt einerseits die Aktualität solcher Überlegungen, andererseits auch die Unsicherheit und Unentschlossenheit, solchen Modernisierungsansätzen parteiintern größeren Raum zuzugestehen (vgl. dazu Marschall/Hanel 2013).

Die Idee virtueller Gliederungen wurde (und wird) auch in anderen Parteien diskutiert, bei der FDP nahm die Debatte um den „Landesverband Net“ (lvnet.fdp.de) ihren Ausgang bei Experimenten in Nordrhein-Westfalen, die durchaus als Reaktion auf die Aktivitäten des Virtuellen Ortsvereins der SPD verstanden werden können. Als Gründungsvorsitzender dieser Initiative fungierte von 2000 bis 2005

der Europa-Abgeordnete Alexander Graf Lambsdorff. Der „Landesverband Net“ ist noch immer existent, ermöglicht gemäß der Satzung die ortsunabhängige Beteiligung an der innerparteilichen Diskussion und steht auch Nicht-Mitgliedern offen.⁴ Inzwischen hat der LV Net ebenfalls an Bedeutung verloren, denn weitaus stärkere netzpolitische Impulse gingen bei der FDP seit 2009 von den Mitgliedern der Bundestags-Enquête-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ aus.

Als Reaktion auf die eher problematisch verlaufenen Innovationsversuche innerhalb der Parteistrukturen haben sich neuartige „digitale Vorfeldorganisationen“ konstituiert, die ähnliche Impulsfunktionen übernehmen können. Dazu zählen parteipolitisch gebundene „Netzvereine“ wie der SPD-nahe „D64“ (vgl. <http://d-64.org>) oder das christdemokratische „C-Netz“ (vgl. www.c-netz.info). Bekanntester Vertreter dieses „Genres“ ist die parteiübergreifende Plattform „Digitale Gesellschaft“ (vgl. www.digitalegesellschaft.de).

1.2 Online-Wahlkämpfe

Der Bereich der digitalen Wahlkampfkommunikation kann in Deutschland auf eine Tradition bis zur Bundestagswahl 1998 verweisen – damals bildete sich erstmals ein verzweigtes Netz aus Online-Plattformen zur Programm- und Kandidatenpräsentation, zudem formierten sich neue Wahlkampfakteure zur Beobachtung und Kommentierung des Kampagnengeschehens. Seitdem hat die elektronische Kampagnenführung regelmäßig als Katalysator einer „politischen Digitalisierung“ gewirkt und unterschiedliche Formate der Online-Kommunikation für die Nutzung im politischen Kontext erschlossen. Bildeten im Wahlkampf 1998 noch die Partei-Homepages das Zentrum der Wahlkampfkommunikation, so waren 2002 spezielle Wahlkampfplattformen entwickelt worden, die auch Formate eines „negative campaigning“ integrierten. Der vorgezogene Bundestagswahlkampf 2005 stand dagegen im Zeichen der – vorübergehenden – Nutzung von Weblogs und ersten Experimenten mit Mitglieder- bzw. Unterstützernetzwerken. Bei der Bundestagswahl 2009 hatten die etablierten Parteien zwar auf den so genannten

⁴ Vgl. die entsprechenden Bestimmungen in der Satzung des LV Net, online einsehbar unter <http://lvnet.fdp.de/sitefiles/downloads/1243/Satzung2006.pdf>.

„Obama-Effekt“ reagiert und eine breite Integration Sozialer Netzwerke in die Kampagnenphase angestrebt, die ehrgeizigen Multimedia-Projekte waren jedoch deutlich gescheitert.⁵ Stattdessen setzte die Piratenpartei mit einem beteiligungsorientierten, niedrighschwelligem Wahlkampf einen neuen Akzent, dessen Folgen bis in die Vorbereitungsphase des Bundestagswahlkampfes 2013 hineinreichen.

Grundsätzlich ist die Entwicklung der Online-Wahlkämpfe in Deutschland demnach von einer stetigen Ausweitung und Ausdifferenzierung gekennzeichnet, gleichwohl sind die „alten“ elektronischen Massenmedien nicht nur ein stabiler, sondern auch der wichtigere Faktor bei der Medialisierung politischer Kommunikation in Wahlkampfzeiten geblieben. Der deutlichste Indikator hierfür sind die noch immer vergleichsweise überschaubaren Budgets, die in den Wahlkampf-Etats der großen Parteien für die Organisation und Durchführung der Online-Kampagnen bereit gestellt werden.

Ein weiteres Charakteristikum der Entwicklung von Internet-Wahlkämpfen in Deutschland ist der Wechsel zwischen Phasen einer intensiven Online-Nutzung im Vorfeld der Wahl und einer „Beruhigung“ in der darauffolgenden Legislaturperiode. Im Zeitverlauf ist eine

„zyklische Bewegung zu konstatieren: Wesentliche Innovationsschübe gehen meist von Wahlkämpfen der Bundes- und späterhin auch der Landesebene aus (...), während Legislaturperioden kaum wesentliche Veränderungen in den formalen Strukturen und Inhalten der Online-Kommunikation hervorbringen.“
(Schweitzer/Albrecht 2010, 23)

Allerdings hat es hier zwischen den beiden letzten Wahlkämpfen große Unterschiede gegeben. War für 2005 ein nahezu vollständiges „Herunterfahren“ der Blog-Aktivitäten zu beobachten, hat nach der Bundestagswahl 2009 eine Verstetigung der parlamentarischen Auseinandersetzungen mit netzpolitischen Themen begonnen. Verantwortlich war dafür vor allem die Einrichtung der Enquête-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“, die durchaus als unmittelbare Reaktion auf den Achtungserfolg der Piratenpartei interpretiert werden kann (vgl. www.bundestag.de/internetenquete). Die allmähliche Etablierung der

5 Vgl. die Beiträge in Schweizer/Albrecht 2011, Jungherr/Schoen 2013 sowie zum Obama-Effekt bes. Bieber 2010.

Piratenpartei im politischen System hat seit 2009 zu einer verstärkten Auseinandersetzung mit dem Internet als Politikraum geführt – auch wenn die Piraten bislang „nur“ in vier Länderparlamenten vertreten sind (vgl. Bieber 2012; Niedermayer 2012), so ist vor allem die Phase seit 2011 als ein „*coming of age*“ der Netzpolitik in Deutschland zu bezeichnen.

1.3 Piratenpartei

Dabei spielt die Piratenpartei eine Rolle als „Agent des Wandels“ in der Parteienlandschaft, die gar nicht einmal zwingend mit elektoralem Erfolg verbunden zu sein scheint. Sowohl die thematische Ausrichtung auf netzpolitische Themen als auch die starke „Verfahrensorientierung“ der Partei auf Beteiligung und Transparenz, verbunden mit den Möglichkeiten der Online-Kommunikation, wirken als Impulsgeber in die übrige Parteienlandschaft hinein.

Aufgrund einer konsequenten Ausrichtung auf die Parteibasis haben die Piraten auf die Einrichtung eines Delegiertensystems verzichtet, zugleich ist hier ein Element des „Markenkerns“ verortet: die Beteiligung an der innerparteilichen Willensbildung unterscheidet sich fundamental von den Organisationsprozessen der etablierten Mitgliederparteien. Die Nutzung von Akzeptanzwahlverfahren als offener Selektionsmechanismus für Parteieliten, die absichtlich kurzen Amtszeiten von Landes- und Bundesvorständen sowie die flächendeckende Online-Diskussion wichtiger Themen betonen die Basisorientierung. Die Bundesparteitage der Piraten wirken zwar als zentrales Parteiorgan, werden in der Satzung aber völlig zutreffend als „Mitgliederversammlung auf Bundesebene“ bezeichnet. Diese formale Festschreibung stärkt tatsächlich die einfachen Mitglieder, führt aber auch zu Problemen bei der internen Entscheidungsfindung und -vorbereitung (vgl. Klecha/Hensel 2013, 16–37).

Die Digitalisierung der Parteienkommunikation und die Effekte für die formale Parteiorganisation zeigen sich auch entlang der Nutzung der Software „*Liquid Feedback*“, die von einigen Untergliederungen als Werkzeug zur organisationsinternen Entscheidungskommunikation eingesetzt wird. Auf dieser Plattform können Mitglieder Fragen und Anträge zur Programmentwicklung, Parteiorganisation oder dem politischen Tagesgeschäft stellen, die dann von anderen Nutzern bewertet und diskutiert werden können. Innerhalb des Systems sind auch Stimmrechtsübertragungen an andere Mitglieder möglich, die

dann als mehrfach stimmberechtigte „Superdelegierte“ fungieren und erheblichen Einfluss auf die innerparteilichen Entscheidungsprozesse nehmen können. Wenngleich das System keineswegs flächendeckend in der gesamten Parteiorganisation eingesetzt wird, dient diese Praxis inzwischen auch anderen Parteien als Vorbild zur Modernisierung der Parteienkommunikation. Eingepägt hat sich für die Summe derartiger digitaler Innovationen der Begriff der „Liquid Democracy“ als neuartige Verbindung von Elementen direkter und repräsentativer Demokratie unter Zuhilfenahme digitaler, interaktiver Medienumgebungen (vgl. dazu einführend Adler 2013).

Die Folgen von Digitalisierung und radikaler Basisorientierung für Parteistruktur und -organisation sind bislang ambivalent einzuschätzen: Einerseits resultiert aus der deutlichen Partizipationsorientierung eine hohe Offenheit und Dynamik der Parteilarbeit mit niedrigen Beteiligungshürden und dem einfachen Zugang zu verbindlichen Entscheidungsprozessen. Andererseits ist eine hohe Fluktuation in den Führungsgremien festzustellen, was Schwierigkeiten für die dauerhafte Programmentwicklung wie auch für die Präsentation und Außenkommunikation der Partei nach sich zieht.

Trotz der unübersehbaren Schwierigkeiten bei der Organisationsentwicklung wirkt die Piratenpartei aber dennoch als Schrittmacher für die digitale Modernisierung der etablierten und mit verschiedenen Krisenphänomenen konfrontierten Mitgliederparteien. Mit der nahezu bedingungslosen Ausrichtung auf Transparenz und der Ermöglichung von Teilhabe auf sämtlichen Hierarchieebenen der Partei adressieren die Piraten zwei zentrale Gegenmittel gegen die „postdemokratische Erstarrungsdiagnose“.

Ausgehend von der breit rezipierten Postdemokratie-Diagnose von Crouch (2008) bieten an dieser Stelle die beiden von Buchstein und Nullmeier (2006) skizzierten Argumentationslinien des „Wahlspiels“ und der Aushöhlung politischer Institutionen offensichtliche Anschlussstellen (2006, 17). Die Modernisierungsansätze politischer Akteure lassen sich relativ problemlos als Reaktion auf die von Crouch geschilderte Abschottungsbewegung der Partieliten lesen (2008, 95f.).⁶ Jedoch sind Elitenkritik

6 Insofern ist es interessant zu beobachten, dass gewissermaßen als Gegenstück zu dem von Crouch skizzierten Beispiel der postdemokratischen Partei, Forza Italia, die sich um Beppe Grillo entwickelte Movimento 5 Stelle (M5S) in Position bringen lässt. Auch hier spielen, ähnlich wie bei der Piratenpartei, die Ideen einer durch digitale Medien organisierten Basisausrichtung und einer Einhegung von Partieliten eine wichtige Rolle.

und Hierarchielosigkeit ambivalent einzuschätzen, so hat ein Großteil der organisationsinternen Probleme der Piratenpartei seinen Ursprung im Disput um die Entstehung einer „Führungsebene“: gerade die relativ machtlosen Mitglieder des (ehrenamtlichen) Bundesvorstands werden oft unmittelbar nach ihrer Wahl von der Basis kritisiert, eine Professionalisierung der Strukturen (etwa durch hauptamtliche Mitarbeiter) wurde bislang nicht umgesetzt.

Auch die Öffnung formaler Parteistrukturen, eine responsive Personalauswahl, aber auch die Beteiligungsorientierung in Online-Wahlkämpfen fordern die politischen Eliten heraus und regen zum Umdenken und bisweilen Umformen allzu hierarchischer Organisations- und Kommunikationsmuster an. Die verschiedenen „digitalen Beteiligungseffekte“ der letzten Jahre lassen sich ebenfalls als Reaktion auf die Abkoppelung politischer Eliten verstehen – und sind nicht als Symptom postdemokratischer Entwicklungen, sondern als Gegenreaktion zu den aufgeblähten, vom „inneren Zirkel“ zur „Ellipse“ gewordenen parteilichen Führungsstrukturen zu interpretieren (vgl. Crouch 2008, 93). Dialogizität und Responsivität zielen auf eine stärkere Verzahnung von Parteilite und Parteibasis, gerade die Sichtbarkeit der Online-Kommunikation auf den diversen Plattformen wirkt postdemokratischen Verschleierungen und Verkrustung entgegen.

2 Digitalisierung und Ethik: Politik im Zeitalter der Transparenz?

Jenseits der institutionellen Dimension der elektronischen Demokratie haben sich in den vergangenen Jahren zahlreiche Fälle beobachten lassen, deren Darstellung den Wirkungsbereich der politischen Digitalisierung erweitert und die sich zudem gut zur Diskussion ethischer Fragen eignen. Eine umfassende Auseinandersetzung mit ethischen Aspekten ist an dieser Stelle nicht zu leisten, stattdessen sollen drei Komplexe herausgegriffen werden: Fragen des Zugangs und der (technischen wie sozialen) Nutzung der Netz-Infrastruktur, das immer schwieriger abzubildende Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit sowie digitale Enthüllungsaffären als Transparenzprozesse.

2.1 Digitale Spaltung(en)

Eine Vorbedingung für demokratische Online-Kommunikation liegt in der Möglichkeit des freien Zugangs zu den digitalen Kommunikationsnetzen und einem diskriminierungsfreien Datenverkehr. Das normative Argument eines „gleichen Zugangs“ ist (beinahe) so alt wie das Internet, zumindest wird es seit der Entwicklung zum populären Massenkommunikationsmittel in den 1990er Jahren diskutiert: „politische“, insbesondere „demokratisierende“ Wirkung könne die Online-Kommunikation nur dann entfalten, wenn die entsprechende Infrastruktur frei nutzbar und idealerweise für alle Menschen gleichermaßen zugänglich sei. An dieser Stelle nahmen die Konflikte zwischen staatlichen Akteuren, technischen Experten- und Kontrollgremien sowie Unternehmen ihren Ausgang, die sich durch die Entwicklungsgeschichte des Internet ziehen und die meist unter dem Stichwort der „*Internet Governance*“ diskutiert werden (vgl. Donges/Puppis 2010).

Waren die Einschränkungen durch fehlenden Netzausbau, niedrige Übertragungsraten oder hohe Kosten zunächst technisch-kommerzieller Natur, so hat sich die Situation nach der flächendeckenden Ausbreitung von Hochgeschwindigkeitsnetzen verändert.⁷ Bei einer immer weiter reichenden Verbreitung digitaler Netzwerke und Informationsangebote, machen sich zunehmende soziale Unterschiede zwischen „Onlinern“ und „Offlinern“ bemerkbar. Die „zweite“ digitale Spaltung resultiert aus der Annahme, dass die politik-bezogenen Online-Angebote nur von ohnehin bereits politisch interessierten und informierten Menschen genutzt werden – die so genannte „*Reinforcement-These*“ verstärke demnach die bereits vorhandenen Gräben zwischen politisch Aktiven und politisch Abstinenten (vgl. Emmer u. a. 2011). Demzufolge komme dem Internet keine mobilisierende Wirkung zu, sondern eine Zementierung oder gar Verschärfung des „digitalen Grabens“.

Eine Zuspitzung hat die Debatte um die demokratische Beschaffenheit des digitalen Kommunikationsraums zuletzt entlang des Begriffs der Netzneutralität erlebt. Auch hier spielt die Norm der „Gleichheit im Netz“ eine wesentliche Rolle, allerdings bezieht sie sich hier nicht

7 Selbstverständlich ist weltweit kein gleichermaßen schneller und unterbrechungsfreier Datenverkehr möglich, doch hat sich die Wahrnehmung digitaler Kommunikation als zentrales Gut und bisweilen „materiale Grundlage der Lebenshaltung etabliert“ (vgl. Bundesgerichtshof 2013).

auf Zugang oder Kompetenzen der menschlichen Nutzer, sondern auf die transportierten Inhalte: Netzneutralität meint die Gleichbehandlung von Daten, unabhängig von ihrer Herkunft und Art. Staatliche wie kommerzielle Akteure verfügen jedoch über Möglichkeiten zur Beeinflussung der Datenströme – in Deutschland haben zwei Kampagnen den politischen Gehalt der Diskussion verdeutlicht. Im Frühjahr 2009 waren es die Reaktionen auf den Versuch der damaligen Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen, „Internetsperren“ einzuführen und damit die Basis für eine Überwachungs- und Kontrollinfrastruktur zu legen. Die Proteste gegen die Eingriffe firmierten unter dem Label „#zensursula“ und haben letztlich einen großen Beitrag zur Etablierung der Piratenpartei geleistet (vgl. Bieber 2013). Insofern ist es wenig verwunderlich, dass nicht zuletzt aus dieser Erfahrung der Begriff der „Netzneutralität“ Eingang in die Programmatik der Piratenpartei gefunden hat und das Konzept inzwischen auch von den netzpolitisch informierten Vertretern der übrigen Parteien gefordert wird.

Auch wenn es zunächst „nur“ nach einer technologischen Besonderheit klingt, so birgt die Ungleichbehandlung von Daten in den Computernetzen ein erhebliches politisches Potenzial. In der Fortführung des von Lawrence Lessig entwickelten Ansatzes, dass „Code“ in den digitalen Netzen die Stelle des Rechts einnehmen könne (vgl. Lessig 1999; MacKinnon 2012; van Schewick 2012), findet sich in der kommerziell motivierten, staatlich nicht regulierten Verhinderung „diskriminierungsfreien Datenverkehrs“ nicht nur ein rhetorisch aufgeladener, sondern ein genuin politischer Konflikt:

„Die Idee, unterschiedliche Daten von unterschiedlichen Anbietern unterschiedlich zu behandeln, hat um sich gegriffen bei den ISPs (Internet Service Provider, C. B.). Spezialverträge mit großen Internetdienstleistern sollen deren »Quality of Service« gewährleisten (...). Was sich harmlos anhört, ist eine beinahe ebenso große Bedrohung für die digitale Meinungsfreiheit wie staatliche Zensurstellen. Denn wenn finanzstarke Anbieter bei der Durchleitung der Daten bevorzugt werden, kommen alternative Stimmen nur noch bedingt zu Wort. Das Netz des freien Daten- und Meinungsaustauschs wäre ein verzerrter Spielplatz der Internetgiganten, die mit viel Ressourcenaufwand ihre Stellung unangreifbar ausbauen können.“ (vgl. Seemann 2012, 93f.)

Im Sommer 2013 schienen Pläne der Telekom zur Drosselung der Anschlüsse bei Erreichen eines bestimmten Datenvolumens die Befürchtungen der Kritiker zu bestätigen. Betroffenen Nutzern sollten Telekom-eigene Dienste sowie Services von Vertragspartnern im gewohnten Rahmen zugänglich sein, andere Leistungen dagegen sollten eingeschränkt werden. Nach dieser Illustration des Prinzips der „digitalen Ungleichbehandlung“ hat die Debatte um den „diskriminierungsfreien Datenverkehr“ eine breitere Öffentlichkeit erreicht. Zwar hatte sich bereits während der 17. Legislaturperiode des Bundestages die Enquête-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ mit der Thematik befasst, doch erst im Zuge der Kampagne gegen die Telekom-Überlegungen ist die politische Dimension der Netzneutralität deutlich sichtbar geworden. Ähnlich wie vier Jahre zuvor aus Anlass der geplanten Internetsperren haben sich netzbasierte Protestaktionen entwickelt. Unter anderem erreichte eine Online-Petition binnen kurzer Zeit das Quorum von 50.000 Mitzeichnungen und erwirkte im Juni 2013 eine Anhörung im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages.⁸ Zudem hat der Netzverein „Digitale Gesellschaft“ (vgl. Abschnitt 1. b) mit der Website echtesnetz.de ein Informations- und Kampagnenportal eingerichtet, das auch Verweise auf ähnlich gelagerte Debatten in anderen Ländern vorhält.

Gerade die beteiligten Netzpolitiker und -aktivisten betonen die Gefahr eines „Zwei-Klassen-Internet“, das durch die Aufgabe des Prinzips der Netzneutralität entstehen könne. Im Verbund mit den ökonomisch-rechtlichen Argumenten zum diskriminierungsfreien Datenverkehr bildet sich hier eine dritte Säule der Debatte um die „digitale Spaltung“. Wird dadurch das Fundament einer gleichen und freien Netzarchitektur unterspült, so bliebe dies nicht ohne Folgen für die gesellschaftliche Nutzung eines medialen Kommunikationsraumes, der in den letzten zwei Jahrzehnten in vielfältiger Weise auf Politik und Gesellschaft eingewirkt hat.

An dieser Stelle wird auch die Bedeutung der Kategorie des Netzwerks deutlich, die Fischer (2006, 50ff.) als wesentliche Gemeinsamkeit

8 Online einsehbar ist der Text der Petition unter https://petitionen.bundestag.de/petitionen/_2013/_04/_23/Petition_41906.nc.html, dabei bezieht sich der Hauptantragsteller Johannes Scheller explizit auf den Begriff der Netzneutralität: „Die Netzneutralität ist ein wichtiger und elementarer Grundbaustein eines freien Internets. Ist keine Netzneutralität gegeben, so besteht die Gefahr eines „Zwei-Klassen-Internets“, in dem die Provider kontrollieren, auf welche Dienste und Inhalte Nutzer zugreifen können.“

verschiedener Postdemokratie-Ansätze markiert hat. Das Netzwerk als kommunikative Grundfigur findet sich zunächst im Inklusionsimpuls, der sich mit der Überwindung der verschiedenen Formen digitaler Spaltungen verbinden lässt. Die verschiedenen Eingriffsversuche staatlicher und kommerzieller Akteure zeigen jedoch, dass die digitale Infrastruktur anfällig ist für die postdemokratische Dynamik zwischen Staat, Unternehmen, Bürgern und Medien: Abschottung und Absicherung von Eliten, Einflussnahme und Lobbyismus, Kommerzialisierung öffentlicher Räume. Tendenziell ist der „Staat“ dabei auf der Verliererseite:

„Was die Metapher eines Netzes mit Knoten und Zentrum in diesem Fall vielmehr nahelegt, ist die Degradierung des Staates zum zentralen Infrastrukturbereitsteller und Insolvenzversicherer jener vernetzten „privaten Kollektivakteure“, die ihre Gewinne privatisieren und nur ihre Verluste sozialisieren und das Netzwerk eher permanent aus- und umgestalten, als dass sie zu seinem Zusammenhalt beitragen.“ (Fischer 2006, 52)

Im postdemokratischen Akteursgeflecht hätte demnach die Verabschiedung vom Ideal einer freien Kommunikationsinfrastruktur fatale Folgen, sie führt zur Verstärkung von Ausgrenzungs- und Ungleichheitseffekten und leistet mithin der digitalen Spaltung Vorschub. Nur ein freies, offenes Netzwerk, das eine diskriminierungsfreie Kommunikation erlaubt, entspricht den normativen Ansprüchen moderner Demokratien – die Piratenpartei hat diesen Anspruch in den Begriff der „Plattformneutralität“ übertragen, der durchaus als implizite Reaktion auf die Postdemokratie-Diagnose zu verstehen ist.

2.2 Öffentlichkeit und Privatheit

In direkter Fortführung der technologie- und netzwerkorientierten Auseinandersetzung um Netzneutralität lassen sich auch die Veränderungen im Spannungsfeld von Öffentlichkeit und Privatheit als ethik-bezogener Digitalisierungseffekt markieren. Schon für die frühen Überlegungen zur „elektronischen Demokratie“ war der Begriff der digitalen oder vernetzten Öffentlichkeit von zentraler Bedeutung (vgl. Bieber 1999, 59–73). Mit der Entstehung neuer Räume für die gesellschaftliche Kommunikation war die Hoffnung auf ein Aufbrechen der vermachteten Strukturen der alten Massenmedien verbunden,

dabei forderten Figuren wie der „gut informierte Bürger“ oder der „Netizen“ die Eliten der alten Mediendemokratie heraus. Vor allem in den USA spielte in diesem Prozess das Recht auf freie Meinungsäußerung eine bedeutende Rolle, das in zahlreichen Fällen bemüht wurde, um eine ungehinderte, offene Kommunikation in den digitalen Netzen durchzusetzen und die Rechte einzelner Bürger gegen staatliche Eingriffe, aber auch gegen die kommerziellen Interessen großer Konzerne zu schützen.

In der Öffentlichkeitsforschung haben diese Medialisierungsprozesse häufig zur Auseinandersetzung mit Jürgen Habermas' Konzept des „Strukturwandels der Öffentlichkeit“ geführt (Habermas 1962); sowohl in den USA wie auch in Europa stellen dessen Überlegungen zur Struktur öffentlicher Diskurse den wesentlichen Bezugspunkt dar. Wenngleich sich Habermas selbst kaum an der Debatte beteiligt (eine Ausnahme stellt Habermas 2008 dar), so kreisen die neuen Ansätze zur „*digital public sphere*“ um die von Habermas formulierten Anforderungen an politische Öffentlichkeit. Stellvertretend für zahlreiche Publikationen sei hier lediglich auf die Arbeiten von Zizi Papacharissi (2002; 2011) verwiesen, die eine genaue Überprüfung der Realität der Online-Kommunikation mit den normativen „Habermas-Kriterien“ vorgenommen hat. Dabei zeigt sie, dass das „alte“ Ideal einer offen zugänglichen, den rational argumentierenden Diskurs bedingenden Öffentlichkeit unter den aktuellen Gegebenheiten digitaler Kommunikation zwar längst nicht realisiert ist, dass aber dennoch neue „öffentliche Räume“ entstehen, die an das politische System angekoppelt sein können. In ihren jüngeren Arbeiten differenziert Papacharissi insbesondere die Wirkungen der sozialen Netzwerke aus und führt dabei den Begriff der „*private sphere*“ ein, die der persönlichkeitsorientierten, weniger anonym und massenmedial strukturierten Online-Kommunikation Rechnung trägt. Ähnlich wie das Konzept der „persönlichen Öffentlichkeit“ (vgl. Schmidt 2013) wird dabei eine zusätzliche Kommunikationsebene konstruiert, die nicht mehr mit der von Habermas entwickelten Trennung in Begegnungs-, Veranstaltungs- und Medienöffentlichkeit korrespondiert, sondern durch die individuellen Möglichkeiten zur Aufbereitung und Verteilung von Informationen in personenbezogenen, aber kaum abgrenzbaren Publikumsstrukturen geprägt ist.

„Der Begriff der „persönlichen Öffentlichkeit“ verweist darauf, dass im Social Web kommunikative Räume entstehen, in denen Menschen Inhalte aller Art

miteinander teilen, dabei aber andere Selektions- und Präsentationsregeln anwenden als professionell-journalistische Öffentlichkeiten (...): Themen und Informationen werden (a) aufgrund persönlicher Relevanz ausgewählt und präsentiert, nicht auf der Grundlage institutionalisierter Nachrichtenfaktoren bzw. eines Anspruchs auf gesellschaftsweite Relevanz. Die Kommunikation richtet sich (b) nicht an das disperse, unbekannte und unverbundene Massenpublikum, sondern an ein intendiertes Publikum, das sich aus dem eigenen sozialen Netzwerk zusammensetzt, also aus Personen besteht, zu denen in der Regel eine (wie auch immer geartete) Beziehung besteht. Schließlich ist (c) der vorherrschende Kommunikationsmodus die „Konversation“, nicht das „Publizieren“: Persönliche Öffentlichkeiten sind auf Dialog und Feedback ausgerichtet, nicht auf das einseitige „Senden“. Kommunikative Leitbilder wie Authentizität und Subjektivität besitzen stärkeres Gewicht als die im Journalismus vorherrschende Norm der Objektivität.“ (Schmidt 2013, 126)

Aus dieser Modellierung neuer Formen von Öffentlichkeit resultieren unmittelbare Folgen zunächst auf einer technisch-instrumentellen Ebene der Online-Nutzung. Wem „gehören“ die in persönlichen Öffentlichkeiten transportierten Informationen? Wie verändert die tendenziell weniger anonyme Kommunikation zwischen (professioneller) Politik und (interessiertem) Bürgertum die Qualität politischer Entscheidungen? Was bedeutet die Re-Strukturierung von Öffentlichkeit für professionelle Medienakteure? Worauf müssen Politiker und Parteien achten, wenn sie in „persönlichen Öffentlichkeiten“ den Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern suchen?

Allerdings lassen sich auch in normativ-demokratietheoretischer Perspektive zahlreiche Fragen formulieren, die die Spannungen zwischen Privatheit und Öffentlichkeit unterstreichen. Wie lassen sich in diesem komplexen Kommunikations-Szenario die Grundsätze informationeller Selbstbestimmung realisieren, die idealerweise den einzelnen NutzerInnen die größtmögliche Kontrolle über ihre Daten und deren Verbreitung erlauben? Zu welchen Eingriffen sind staatliche Akteure berechtigt, um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten und welchen Status hat dabei das Konzept des Datenschutzes? Inwiefern kompromittiert eine staatliche Überwachungs- oder gar Abhörtätigkeit die normative Forderung nach „privaten Rückzugs- und Kommunikationsräumen“, die zur Etablierung genuin politischer Öffentlichkeit notwendig sind und die (nicht nur) mit Habermas als Grundlage demokratischer Gemeinwesen verstanden werden?

MacKinnon (2012) hat bereits auf die staatliche Abhörpraxis eines „*networked authoritarianism*“ im Umfeld der Protestaktionen in Nordafrika hingewiesen, ebenso auf digitale Überwachungs- und Zensurmaßnahmen in Russland und China. Als Gegenmaßnahme regt sie das Nachdenken über einen „*Consent of the Networked*“ an, der in einer Übereinkunft von Staaten, Unternehmern und Bürgern ein freies Internet garantieren soll:

„(F)ree and open architecture and governance, which means that the people and organizations who use computer code to determine its technical standards, as well as those who use legal code to regulate what can and cannot be done within and through the Internet, all share the common goal of keeping the Internet open, free and globally interconnected so that all netizens are free not only to use it, but also to participate in shaping it themselves.“
(MacKinnon 2012: 188)

Im Lichte der jüngsten Enthüllungen durch den Whistleblower Edward Snowden⁹ und durch das allmählich erkennbar werdende Ausmaß geheimdienstlicher Abhöraffaires, auf eigenem wie fremden Territorium, wird deutlich, dass nicht allein profitorientierte Unternehmen, sondern auch staatliche Akteure an einem derartigen Konsens kein allzu großes Interesse zeigen. Vielmehr ist zu fragen, ob es sich bei den

9 Noch sind die Ereignisse um die Informationsweitergabe des ehemaligen CIA-Mitarbeiters Edward Snowden zu aktuell, um schon Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen sein zu können. Grundlegende Informationen liefern zahlreiche Dossiers von journalistischen Akteuren, aber auch aus dem Bereich so genannter Netzaktivisten bzw. internet-orientierter Nichtregierungsorganisationen, Beispiele liefern etwa die Washington Post (<http://www.washingtonpost.com/wp-srv/special/politics/prism-collection-documents>), der britische Guardian (<http://www.guardian.co.uk/world/the-nsa-files>) oder der deutsche Heise Verlag (<http://www.heise.de/thema/PRISM>). Grundsätzlich bestehen Parallelen zu den WikiLeaks-Ereignissen, die sich nicht allein im persönlichen Schicksal des Protagonisten der Enthüllungen zeigen, sondern auch im Inhalt und der Art der weitergegebenen Informationen. Blickt man aus dem politikwissenschaftlichen Blickwinkel auf die PRISM-Enthüllungen, dann fällt auf, dass es sich auch bei Snowdens Hinweisen um ein *politics*-Leak gehandelt hat. Im Mittelpunkt standen nicht bestimmte inhaltliche Informationen in einem speziellen Politikbereich, sondern intransparente und fragwürdige Verfahren hinter den Kulissen. Zusammenfassend ließe sich hier zwischen dem inhaltsbezogenen *policy*-Leak und dem verfahrensbezogenen *politics*-Leak unterscheiden.

großangelegten Speicher-Aktivitäten nicht um massive Grundrechtsverletzungen handelt, die im Kern nicht auf demokratische, sondern auf totalitäre Aspekte der politischen Digitalisierung hinauslaufen:

„(G)erade „dadurch, daß der Staat ad libitum Privatmenschen belauschte, würde er zur „unauthorized“, zur illegalen Instanz. Denn er würde sich ja der Zerstörung eben jener Freiheitsrechte der Bürger schuldig machen, die zu garantieren er sich verfassungsmäßig verpflichtet hat. Letztlich öffnet das Argument jeder Diktatur Tür und Tor, da es staatliche Macht und Moralität identifiziert.“ (Anders 2002, 230, zitiert nach Grundmann 2013)

Sollten sich die Abhörpraktiken in Eingriffstiefe und Umfang tatsächlich so gestalten, wie es in der Snowden-Affäre skizziert wird, dann formiert sich hier das obskure Konzept einer „staatlichen *Post-Privacy*“-Haltung¹⁰, die den Bürgern weder das Recht auf informationelle Selbstbestimmung noch auf private Kommunikationsräume zugesteht. Die „persönlichen Öffentlichkeiten“ wären in Zeiten staatlicher Totalüberwachung nicht einmal mehr „*private spheres*“, die durch kommerzielle Akteure bereitgestellt und von den Nutzern entwickelt werden könnten. Die Bürger wären nicht mehr vor die Wahl gestellt, private Informationen in den sozialen Netzwerken preis zu geben, vielmehr wäre es die durch staatliche Eingriffe erwirkte „Standardeinstellung“.

An dieser Stelle lässt sich über Crouchs Begriff der „Firma“ ein unmittelbarer Bezug zur Postdemokratie-Debatte herstellen. Denn längst gehören auch Internet-Konzerne mit großer Marktmacht – wie Apple, Google, Facebook und Amazon – zur „Klasse, die ohnehin die Ökonomie beherrscht“ (Crouch 2008, 60) und die Fühler in Richtung Politik ausstreckt. Die genauen Stärkeverhältnisse sind jedoch noch nicht ganz geklärt, wie etwa die Zusammenarbeit staatlicher Stellen mit neun großen Internet-Konzernen im Rahmen der PRISM-Affäre zeigt. Die zuvor skizzierte Strukturierung vernetzter, persönlicher Öffentlichkeiten als kommerziell durchdrungene Räume unterstreicht aber die Anschlussfähigkeit an das Postdemokratie-Konzept – die bisweilen schon etwas

10 Mit dem Begriff der *Post-Privacy* beschreiben üblicherweise Netzaktivisten den freiwilligen Verzicht auf Privatsphäre. So argumentiert etwa Heller 2013, dass unter dem Eindruck der Digitalisierung eine Kontrolle persönlicher Daten unmöglich geworden sei und es folglich neuer Verhaltensweisen bedarf, um solche Informationen zu schützen bzw. einen verträglichen Umgang damit zu entwickeln.

angestaubt wirkende kapitalismuskritische Haltung, etwa von Crouch, erfährt dadurch *en passant* eine Aktualisierung: die „Firma“ baut schon lange keine Autos mehr, sie handelt mit Computern, Daten und Algorithmen. Dass die US-amerikanischen Protagonisten der digitalen Wirtschaft in politischen Konfliktsituationen ohnehin immer wichtiger werden, zeigt darüber hinaus die zunehmende Internetorientierung etwa im Umfeld der Proteste in Nordafrika oder der Türkei – staatliche Akteure unternahmen den Versuch, die Online-Kommunikation vollständig zu unterbinden oder verlangten die Herausgabe personenbezogener Daten und Kommunikationsinhalte, um auf Informationen über die Protestierenden zugreifen zu können.

2.3 Digitale Enthüllungsaffären

Nicht allein die Ähnlichkeiten zur PRISM-Affäre legen abschließend die nähere Auseinandersetzung mit Struktur und Wirkungsmechanismen der WikiLeaks-Plattform nahe, vielmehr scheint der Prozess des „Leaking“ eine spezifische Praxis der Online-Kommunikation geworden zu sein, die auf verschiedene Weise mit ethik-orientierten Fragen verbunden werden kann.

Die von Julian Assange und anderen angestoßenen WikiLeaks-Enthüllungen dienten zunächst der Sichtbarmachung von üblicherweise im Verborgenen ablaufenden politischen Kommunikations- und Entscheidungsprozessen (vgl. dazu einfürend Ball 2012; Sifry 2011). Die Militärdokumente aus Afghanistan oder dem Irak legten konkrete außenpolitische Handlungen offen, die Publikation der Diplomatenkommunikation vermittelte dagegen einen Blick auf die informellen Arbeitsgrundlagen politischer Akteure, die nicht zwingend mit konkreten Handlungen bzw. einem „Output“ verbunden sein mussten. Durch die Neukonfiguration medialer und politischer Öffentlichkeiten war das eigentliche Leck als Ursprung ethischer Konflikte im Umgang mit Informationen aus dem Blickfeld geraten – erst die Inhaftierung des US-Soldaten Bradley Manning und die anschließende Gerichtsverhandlung rückten den Informationslieferanten in den Fokus der Berichterstattung.¹¹ Dabei könnte gerade die

11 Im Fall Edward Snowden verhält es sich anders – hier blieb der Whistleblower permanent im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Einerseits, weil das Verfahren der Informationsweitergabe via Internet nicht mehr den gleichen

Motivation einer „Aufdeckung von Missständen“ sehr wohl als Anknüpfungspunkt für die Beurteilung des ethischen Gehalts von *Leaking*-Vorgängen genutzt werden: Ist bei einer Weitergabe des Datenmaterials mit dem Ende (gesellschaftlicher) Ungerechtigkeiten oder Unrechtmäßigkeiten zu rechnen? Oder dient die Weitergabe der Daten „nur“ der Schädigung von Personen und Unternehmen bzw. der eigenen Vorteilsnahme? Werden nicht intendierte Folgeschäden bedacht und wer trägt in solchen Fällen die Verantwortung?

Entlang solcher Fragen ist in nur wenigen Fällen versucht worden, zwischen „guten“ und „schlechten“ Lecks zu unterscheiden (vgl. Hanson/Ceppos 2006). Die Argumentation bezieht sich dabei meist allein auf die persönliche Motivlage einer Weitergabe oder Zurückhaltung von Informationen, die grundsätzlich den Dilemmata von „Whistleblowern“ ähnelt.¹² Entlang der zentralen *Leaking*-Fälle stehen zunächst die individuellen Schicksale von Bradley/Chelsea Manning, Julian Assange und Edward Snowden im Fokus moralbezogener Erörterungen. Gefragt wird dabei häufig, ob die Whistleblower nicht alle Möglichkeiten einer internen Klärung der Probleme ausgeschöpft haben und inwiefern die Informationsweitergabe angesichts der persönlichen Konsequenzen (Haft, Asyl) als verantwortungsvoller Akt gegenüber sich selbst oder der eigenen Familie bewertet werden kann. Allein die globale Dimension der gesellschaftspolitischen Debatte um den Umgang mit digitalen Daten verweist hier auf durchaus legitimierbare Gründe für die radikalen Schritte von Whistleblowern sowie den Betreibern von Enthüllungsplattformen.

Die Verbindung hin zur ethischen Dimension von Leaking-Plattformen gelingt zudem über eine Übertragung des Begriffs aus der Unternehmens- bzw. Organisationsperspektive auf einen gesellschafts- bzw. systemorientierten Interventionspunkt:

Nachrichtenwert hat wie vor den WikiLeaks-Enthüllungen, andererseits, weil die Publikation nicht im Namen einer Online-Plattform geschah und Snowden stets in der Rolle des Whistleblowers verblieben ist, der seine Informationen an Journalisten weitergibt.

- 12 Deiseroth (2004, 124) definiert Whistleblowing entlang der Kriterien „revealing wrongdoing“, „going outside“, „serving the public interest“, „risking retaliation“. Zentraler Ansatzpunkt für das Handeln des Whistleblowers ist dabei die Ebene der Organisation, denn vom Ort, an dem das „Alarm schlagen“ stattfindet, leiten sich sämtliche (rechtliche) Konsequenzen für den Whistleblower ab.

„Whistleblower sind also „ethische Dissidenten“, das heißt Personen mit Zivilcourage, die ungeachtet für sie nachteiliger Konsequenzen aus gemeinnützigen Motiven die „Alarmglocke“ läuten, um auf bedenkliche Ereignisse oder Vorgänge in ihrem Arbeits- oder Wirkungsbereich hinzuweisen und auf Abhilfe zu drängen.“ (Deiseroth 2004, 125)

Ebenjene Position der „ethischen Dissidenz“ ist auch Julian Assange nicht fremd, denn in seinen Essays „*State and Terrorist Conspiracies*“ und „*Conspiracy as Governance*“ entwickelt er ein Konzept, das als theoretische Skizze und Grundierung für die spätere operative Umsetzung der WikiLeaks-Plattform angesehen werden kann (vgl. Assange 2006). Hier formuliert Assange den Anspruch einer „radikalen Transparenz“, der für viele andere Enthüllungs-Portale wenn nicht als Vorbild, so doch als Orientierungspunkt genutzt worden ist. Von zentraler Bedeutung ist dabei auch die Rolle technologischer Innovationen, die eine neuartige Basis für die Beobachtung und Kontrolle politischer Akteure liefern können:

„To radically shift regime behavior we must think clearly and boldly for if we have learned anything, it is that regimes do not want to be changed. We must think beyond those who have gone before us and discover technological changes that embolden us with ways to act in which our forebears could not.“ (Assange 2006, 1)

Im Licht der PRISM-Enthüllungen, den internationalen Geheimdienst-Aktivitäten und dem Schicksal von Edward Snowden festigt sich die von Alan Bady formulierte Annahme, dass Whistleblowing sehr wohl als Transparenzdienst an der Gesellschaft verstanden werden kann:

„The question for an ethical human being – and Assange always emphasizes his ethics – has to be the question of what exposing secrets will actually accomplish, what good it will do, what better state of affairs it will bring about.“ (Bady 2010)

Moralfragen spielen demnach beim Umgang mit Informationen eine wichtige Rolle und es bedarf tatsächlich einer adäquaten Ethik, die sich mit den neuen kommunikativen Rahmenbedingungen und individuellen Handlungsmöglichkeiten befasst. Die von MacKinnon geforderte „Übereinkunft der Vernetzten“ ist ein Schritt in diese Richtung, der seinen Ausgang aus dem gesellschaftspolitischen Potenzial

eines freien und gleichen Internet genommen hat. Die allmähliche Verformung von Öffentlichkeit bis hin zur Verschmelzung mit neuen Sphären zwischen den bislang getrennten Polen „privat“ und „öffentlich“ liefert weitere Impulse für einen netz-orientierten Ethik-Diskurs. Besonders deutlich wird diese Notwendigkeit an den Beispielen der Enthüllungsplattform WikiLeaks und dem Whistleblower Edward Snowden, die jeweils als neuartige Transparenzakteure medienbasierte Entwicklungsprozesse motiviert haben. Es zeigt sich schon jetzt, dass rechtliche Regulierungsversuche nicht ohne weiteres greifen und dass es anderer Mechanismen bedarf, um das Zusammenleben in modernen demokratischen Gesellschaften zu organisieren. Die staatliche Überwachungs- und Abhörpraxis, die sich auf der Basis digitaler Technologien gerade zu etablieren scheint, kann sehr wohl zu einem fundamentalen Vertrauensbruch zwischen politischen und gesellschaftlichen Akteuren führen, der sich mit einer neuen Rechtssetzung allein nicht wird einhegen lassen.

WikiLeaks als neuer Knoten einer vernetzten vierten Gewalt (Benkler 2011) hat dagegen zumindest zeitweise zu einer Veränderung der Konfiguration politischer Öffentlichkeiten geführt. Dabei wurde sichtbar, dass sich jenseits der vermachteten Strukturen „alter Massenmedien“ Potenziale zur Hinterfragung des „postdemokratischen Spektakels“ Crouch'scher Prägung bilden können.

WikiLeaks, Whistleblower wie Edward Snowden und andere Enthüllungs-Plattformen verweisen über den Begriff der Transparenz auf eine weitere Ressource, die geeignet scheint, sowohl als Herausforderung für postdemokratische Legitimationsverluste als auch als moralorientierte Referenz politischer Online-Kommunikation zu fungieren. Die entsprechende Feststellung von Crouch klingt lapidar: „Regierungen und ihre Geheimnisse werden zunehmend dem demokratischen Blick ausgesetzt“ (2008, 21) – im Falle von WikiLeaks wird dieser Anspruch jedoch von einer informell agierenden, undurchsichtigen, nicht-legitimierten Organisation umgesetzt. Julian Assange liefert den theoretischen Unterbau und inszeniert sich als Quasi-Intellektueller, der den Machthabern mit den Mitteln digitaler Kommunikation widerspricht. Edward Snowden setzt als Whistleblower den Transparenzierungsprozess in einer ähnlichen Konstellation fort und enthüllt dabei eine Bespitzelungstätigkeit staatlicher Stellen, die die Perspektive umkehrt: Geheimdienste agieren als undurchsichtige Netzwerk-Verbünde, setzen die Bürger in Kooperation mit den Netz-Unternehmen

einem „postdemokratischen Blick“ aus und unterbinden die Entstehung privater Kommunikationszusammenhänge.¹³

Konzeptuelle Überlegungen zum Begriff der Postdemokratie bieten demnach zahlreiche Möglichkeiten für eine Kopplung sowohl an politische Digitalisierungseffekte als auch an Formen moral-orientierter Online-Kommunikation. Die intensive Betrachtung neuer Mechanismen und Routinen der politischen Prozessebene erscheint durchaus geeignet, die unter dem Eindruck des gesellschaftlichen Bedeutungszuwachses der alten Massenmedien entstandene These von der Postdemokratie erneut in den Blick zu nehmen: die digitale Modernisierung politischer Organisationen kann dabei zwar produktive Antwortvorschläge auf die postdemokratische Herausforderung liefern, allerdings wird dabei erkennbar, dass sich wesentliche Strukturmerkmale der Postdemokratie auch unter den Bedingungen dezentraler Netzwerkkommunikation fortentwickeln und bisweilen verschärfen können. Insbesondere die unterschiedlichen Aspekte digitaler Spaltungen (Onliner vs. Offliner, Öffentlichkeit vs. Privatheit, neutrales vs. diskriminierendes vs. neutrales Netz) können dabei zunächst als Ausdruck postdemokratischer Verhältnisse verstanden werden – dennoch eröffnet die gesellschaftliche Digitalisierung neue Chancen zur Aktivierung demokratischer Potenziale. Ob sich die neuen Möglichkeiten einer Dialog- und Beteiligungsorientierung oder die vielfältigen Transparenzierungsprozesse tatsächlich als erfolgreicher Pfad aus der postdemokratischen Systemtransformation erweisen, muss sich jedoch noch zeigen.

13 An dieser Stelle finden sich schließlich Verbindungen zu anderen Konzeptualisierungen von Postdemokratie, die sich mit dem „Verschwinden der Politik“ (Rancière) oder der „Managed Democracy“ (Wolin) auseinandersetzen. Eine Diskussion der skizzierten Beispiele politischer Digitalisierung bzw. moral-orientierter Online-Kommunikation entlang dieser Ansätze erscheint naheliegend und ertragreich, ist jedoch im Rahmen des vorliegenden Beitrags nicht möglich.

Literatur

- Adler, Anja** (2013): Liquid Democracy als Social Software für Parteien. In: Social Media. Motor einer neuen Bewegungs- und Partizipationskultur? Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen (26/2).
- Anders, Günther** (2002): Die Antiquiertheit des Menschen 2. Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution. München: C. H. Beck.
- Assange, Julian** (2006): State and Terrorist Conspiracies. Online unter: <<http://cryptome.org/0002/ja-conspiracies.pdf>>, abgerufen 02.12.2013.
- Beckett, Charlie (with James Ball)** (2012): WikiLeaks. News in the Networked Era. Cambridge/UK: Wiley.
- Bender, Marvin** (2013): Konturen deutscher Netzpolitik. „Outbreak“ und Entwicklung eines neuen Politikfelds. (in Vorbereitung)
- Benkler, Yochai** (2011) A Free Irresponsible Press. WikiLeaks and the Battle over the Soul of the Networked Fourth Estate. Online Working Paper, <www.benkler.org/Benkler_Wikileaks_current.pdf>, abgerufen 02.12.2013.
- Bieber, Christoph** (1999): Politische Projekte im Internet. Computervermittelte Kommunikation und politische Öffentlichkeit. Frankfurt/M.: Campus.
- Bieber, Christoph** (2010): politik digital. Online zum Wähler. Salzhemmendorf: Blumenkamp.
- Bieber, Christoph** (2012): Piratenpartei. In: Decker, Frank; Neu, Viola (Hg.): Handbuch der deutschen Parteien. Wiesbaden: Springer VS, 363–368.
- Buchstein, Hubertus; Nullmeier, Frank** (2006): Einleitung: Die Postdemokratie-Debatte. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 19/4, 16–22.
- Bundesgerichtshof** (2013): Urteil vom 24. Januar 2013 – III ZR 98/12. Karlsruhe.
- Bunz, Mercedes** (2012): Die stille Revolution. Wie Algorithmen Wissen, Arbeit, Öffentlichkeit und Politik verändern, ohne dabei viel Lärm zu machen. Berlin: Suhrkamp.
- Crouch, Colin** (2008): Postdemokratie. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Deiseroth, Dieter** (2004): Was ist Whistleblowing? In: Meyer, Gerd; Dovermann, Ulrich; Frech, Siegfried; Gugel, Günther (Hg.): Zivilcourage lernen. Analysen – Modelle – Arbeitshilfen. Bonn: bpb, 124–135.
- Donges, Patrick; Puppis, Manuel** (2010): Kommunikations- und medienpolitische Perspektiven: Internet Governance. Entwicklung, Akteure, Bereiche, In: Schweiger, Wolfgang; Beck, Klaus (Hg.): Handbuch Online-Kommunikation. Wiesbaden: VS, 80–104.
- Emmer, Martin; Vowe, Gerhard; Wolling, Jens** (2011): Bürger online. Die Entwicklung der politischen Online-Kommunikation in Deutschland. Konstanz: UVK.
- Fischer, Karsten** (2006): Die jüngste Versuchung der Demokratie. ‚Postdemokratie‘ und Politik-Netzwerke. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 19/4, 47–57.
- Fitug e. V.** (o. J.): Virtueller Ortsverein der SPD (FAQ), online unter <http://www.fitug.de/archiv/presse/vov_spd.html>, abgerufen 02.12.2013.

- Fritz, Johannes** (2013): Netzpolitische Entscheidungsprozesse. Datenschutz, Urheberrecht und Internetsperren in Deutschland und Großbritannien. Baden-Baden: Nomos.
- Grundmann, Sven** (2013): Die Eroberung „Neulands“: Das Bekannte ist nicht das Erkannte. Zur Moral der Technik in der digitalen (Überwachungs-)Demokratie. In: Telepolis vom 27.06.2013. Online unter <<http://www.heise.de/tp/artikel/39/39402/1.html>>, abgerufen 02.12.2013.
- Habermas, Jürgen** (1962): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Neuwied, Berlin: Luchterhand.
- Habermas, Jürgen** (2008): Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? Empirische Forschung und normative Theorie. In: ders.: Ach, Europa. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 138–191.
- Han, Byung-Chul** (2012): Transparenzgesellschaft. Berlin: Mattes und Seitz.
- Heller, Christian** (2011): Post-Privacy. Prima leben ohne Privatsphäre. München: Beck.
- Hanson, Kirk; Ceppos, Jerry** (2006): The Ethics of Leaking. In: Markkula Center for Applied Ethics. Online-Publikation unter <<http://www.scu.edu/ethics/publications/ethicalperspectives/leaks.html>>, abgerufen 02.12.2013.
- Jungherr, Andreas; Schoen, Harald** (2013): Das Internet in Wahlkämpfen. Konzepte, Wirkungen und Kampagnenfunktionen. Wiesbaden: Springer VS.
- Klecha, Stefan; Hensel, Alexander** (2013): Die Piratenpartei. Havarie eines politischen Projekts? Frankfurt/M.: Otto-Brenner-Stiftung.
- Leggewie, Claus** (2011): Mut statt Wut. Aufbruch in eine neue Demokratie. Hamburg: edition Körber Stiftung.
- Lessig, Lawrence** (1999): Code and Other Laws of Cyberspace. New York: Basic Books.
- FDP LV-Net** (2006): Satzung für den FDP LV Net, online unter <<http://lvnet.fdp.de/sitefiles/downloads/1243/Satzung2006.pdf>>, abgerufen 02.12.2013.
- MacKinnon, Rebecca** (2012): The Consent of the Networked: The Worldwide Struggle For Internet Freedom. New York: Basic Books.
- Niedermayer, Oskar** (Hg.) (2013): Die Piratenpartei. Wiesbaden: Springer VS.
- Papacharissi, Zizi** (2002): The virtual sphere: the internet as a public sphere. In: Media & Society, 4/2002, 9–27.
- Papacharissi, Zizi** (2012): A Private Sphere: Democracy in a Digital Age. Cambridge u. a.: Polity Press.
- Rainie, Lee; Wellman, Barry** (2012): Networked: The New Social Operating System. Cambridge/MA: MIT Press.
- Roessing, Thomas; Podschuweit, Nicole** (Hg.) (2013): Politische Kommunikation in Zeiten des Medienwandels. Berlin: de Gruyter.
- Schmidt, Jan-Hinrik** (2013): Persönliche Öffentlichkeiten und Privatsphäre im Social Web. In: Halft, Stefan; Krahn, Hans (Hg.): Privatheit. Strategien und Transformationen. Passau: Karl Stutz, 121–138.
- Schünemann, Wolf; Weiler, Stefan** (Hg.) (2012): E-Government und Netzpolitik im europäischen Vergleich. Baden-Baden: Nomos.
- Schweitzer, Eva; Albrecht, Steffen** (Hg.) (2011): Die Rolle des Internets bei der Bundestagswahl 2009. Wiesbaden: Springer VS.

- Seemann, Michael** (2012): Plattformneutralität – das politische Denken der Piraten. In: Bieber, Christoph; Leggewie, Claus (Hg.): Unter Piraten. Erkundungen einer neuen politischen Arena. Bielefeld: transcript, 91–99.
- Sifry, Micah** (2011): WikiLeaks and the Age of Transparency. New York: Counterpoint .
- Strobel, Miriam** (2011): Ausgebremst. In: vorwaerts.de, 1.11.2011. Online unter http://www.vorwaerts.de/artikel_archiv/28712/ausgebremst-der-ae-virtuelle-ortsvereinder-spd-ae-vov-ae.html, abgerufen 10.07.2013.
- van Schewick, Barbara** (2012): Network Neutrality and Quality of Service: What a Non-Discrimination Rule Should Look Like. Stanford: Center for Internet and Society.
- Wiesendahl, Elmar** (2011): Partizipation und Engagementbereitschaft in Parteien. In: Demokratie in Deutschland 2011 – Ein Report der Friedrich-Ebert-Stiftung. Online unter http://www.demokratie-deutschland-2011.de/common/pdf/Partizipation_und_Engagementbereitschaft_in_Parteien.pdf, abgerufen 05.07.2013.

Über den Autor

Christoph Bieber, Dr. rer. soc., Inhaber der Johann-Wilhelm-Welker-Stiftungsprofessur für Ethik in Politikmanagement und Gesellschaft am Institut für Politikwissenschaften der Universität Duisburg-Essen.